

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Belegabgabe für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Sammelnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13558, Emil Schlegel  
Erscheinung: Dresden-N., Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckerei: „Arbeiterstimme“ Dresden / Erscheinungstagen der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstags)

1. Jahrgang      Donnerstag, den 14. Oktober 1926      Nummer 229

## Die Masten herunter!

Der sozialdemokratische Volkszeitungspräsident verbietet die Mastenfundgebungen in Berlin

### In die Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre Betriebsräte von Groß-Dresden!

Seit 1918 ist die Lebenshaltung des deutschen Proletariats von Stufe zu Stufe gesunken. Steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Abbau der Erwerbslosenunterstützung für Millionen Proletarier, Beseitigung des Achtstundentages, Lohnabbau, Raub des Streikrechts durch Zwangsgerichtsprüfungen, drückender Steuerabzug vom Lohn, Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter, — das sind die Leiden des deutschen Proletariats, die seine Lebenshaltung unter das Niveau des chinesischen Kulis herabdrücken.

In einer großen Rede kündete Reichsanwalt Dr. Marx in Essen einen neuen Hungerwinter an, er erklärte, daß die bestehende Gesellschaft den Erwerbslosen nicht mehr helfen kann. Doch das sind der Gefahren nicht alle, die die drohende, alles zermalmende Hammer über der deutschen Arbeiterklasse schweben. Neben der ungeheuren Summe, die das internationale, versippte Trust- und Bankkapital aus den Knochen der deutschen Arbeiter schindet, sollen nun noch unzählige Millionen von Wertobjekten und in Verzehrung den Kriegsverbrechern aus dem deutschen Fürstentum in den häßigsten Kochen geworfen, soll ihre Rückkehr nach Deutschland erlaubt, das monarchistisch-faschistische Verbrechen dieser Gesellschaft ohne Einschränkung zugelassen werden.

In Sachsen rückt die Reaktion im Bunde mit der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens vor, um einen Bürgerkrieg durch die Landtagswahlen aus der Taufe zu heben, um die Unterjochung der Arbeiter in verstärktem Maße fortzuführen.

**Klassengenossen!** Das sind Flammenschilder, die zur höchsten Aktivität, die zur gemeinsamen Abwehr aller Arbeiter verpflichten, ganz gleich, ob der einzelne Klassengenosse im kommunistischen oder im sozialdemokratischen Lager steht, aber parteilos ist.

### Was tut not?

Wir müssen einig sein, wir müssen uns zum gemeinsamen Handeln auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zusammensuchen, den Gegnern einen geschlossenen Block entgegenstellen.

**Klassengenossen!** Wir können das! Unbestreitbar wird das deutsche Proletariat sein, wenn es sich in Abwehr und Angriff zur Erlämpfung der brennendsten Tagesfragen zu einer eisernen Kohorte zusammenschließt. So dunkel die Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung seit 1914 auch ist, sie bietet dennoch leuchtende Beispiele der Solidarität im gemeinsamen Handeln und zeigt bedeutungsvolle Erfolge, wenn die Arbeiterfront geschlossen vorrückt.

**Der November 1918.** Ein bis zwei Tage geschlossener Aufmarsch, und mehr als zwei Duzend Kronen legen in der Gasse, reaktionäre Offiziere und Beamte krochen in ihre Schlupfwinkel.

**Der Cuno-Streik 1923.** Die Berliner, die mitteldeutsche Arbeiterkraft traten geschlossen in den Kampf gegen das Ruhrabenteuer, die Arbeiter anderer Bezirke rüsteten zum Kampf. Die Cuno-Regierung wurde aufgejagt durch den von der Reichsbetriebsrätebewegung geführten Streik, obwohl alle Fraktionen des Reichstages (ausgeschlossen der kommunistischen Fraktion) am Tage vor Ausbruch des Streikes der Cuno-Regierung ihre weitere Unterstützung zugesagt hatten.

**Herbst 1923 in Sachsen.** In geschlossener Front marschierten die sächsischen Arbeiter gegen den drohenden Faschismus. Kontrollausschüsse und Arbeiterhundertkämpfer waren die außerparlamentarischen Stützpunkte der Arbeitermassen.

**Die Fürstenabfindung 1926.** Ungeheure Werte sollten den dabongelaufenen Fürsten gegeben werden. Die KPD organisierte die Abwehr, Sozialdemokratische Arbeitermassen erzwangen die Mitwirkung der SPD. 14 1/2 Millionen stimmten für entschädigungslose Enteignung. Als darauf im Reichstages Kompromißverhandlungen der Parteien mit der Regierung schwebten, zwang der Druck der Massen die SPD-Fraktion, gegen den Kompromiß Stellung zu nehmen. Die Regierung Marx-Stresemann mußte ihr verpöndeltes Wort brechen, sie sagte angesichts der empörten Volksstimmung nicht, zur Auflösung des Reichstages zu schreiten, der Druck der Massen war aber noch nicht stark genug, ihn zu erzwingen.

**Klassengenossen!** Größere und andauernde Erfolge könnten wir erzwingen, wenn wir gemeinsam handeln, wenn wir durch unsere Geschlossenheit das verfehlte

### Vertrauen der Arbeiter zur eigenen Kraft

zu wecken vorziehen. Nichts ist imstande, unser Vorwärtsschreiten aufzuhalten, wenn wir einig sind über Ziel und Weg. Wir Arbeiter — und nur wir Arbeiter allein — haben es in der Hand, uns bessere Verhältnisse zu schaffen. Schließen wir uns zum Kampfe zusammen.

Wir, die Betriebsvertreter des Leuben-Niederfeldiger Industriegebietes, erkennen im

### Kongreß der Werttätigen

ein wirksames Mittel, alle Ausgebeuteten und Unterdrückten zusammenzufassen, die 14 1/2 Millionen Ja-Wähler bei dem Volksentscheid erneut zu sammeln, ihre Aktivität zu stärken, um beim nächsten Anlauf der geschlossenen Arbeiterfront ein **Deutschland der Werttätigen** auszurichten.

**Arbeiterinnen und Arbeiter!** Nehmt Stellung zu unserm Ruf! Organisiert euch in den Gewerkschaften, arbeitet in euren Verbänden, formt sie zu Klassenkampforganisationen. Verpflichtet eure Betriebsräte, in Betriebsratsversammlungen Stellung zu nehmen und eine Betriebskonferenz zu beschicken, die wir in aller nächster Zeit einberufen werden.

Gegen den Bürgerkrieg. Nieder mit der Heide-Regierung! Gegen jede Abfindung an die ehemaligen Fürstentümer! Vorwärts mit den Henegaten der NSDAP auch aus den Gewerkschaften! Für ein rotes Arbeiter-Sachsen!

- Kurt Beyer, Sachsenwerk, KPD.
- Otto Gröhe, Sed-Werke Sporditz, KPD.
- Rich. Dais, Thaedung Meusel, SPD.
- Walther Jiegler, Kunstdruck, parteilos.
- Richard Richter, Gardinenfabrik, parteilos.
- Wilfried Freyer, Schiffswerk Leubegau, SPD.
- Rudolf Habis, Schulz u. Co., SPD.

### Die Hohenzollern-GPD Arbeiterbeirug und Kommunifreud

Die SPD steht in Preußen voll und ganz in der Kontrastfront. Daran ändern alle Verschleierungsmanöver und alle Aufträge des Parteivorstandes, daran ändert alles Schimpfen der „Linken“ auf die Kommunisten gar nichts. Die Kommunisten, die die ersten waren, die den Volksentscheid einleiteten, die den Volksentscheid entscheidend durchführten, sie sind die einzigen, die die jetzt gegen den Fürstentraub kämpfen. Die Parlamentsmehrheit antwortet auf das Verlangen der Kommunisten, in eine eingehende Beratung des Gesetzes einzutreten, mit dem Beschluß, eine Aussprache über die Abänderungsbedingungen nicht zuzulassen. Die Proteste der Kommunisten beantwortet das Präsidium des Preussischen Landtages, indem es einen kommunistischen Abgeordneten nach dem anderen herauswirft. Die Kommunisten appellieren an die Massen, sie beantworten die Frechheiten des sozialdemokratisch-bürgerlichen Landtagsvorstandes mit einem wuchtigen Gegenangriff und werfen das Präsidium heraus. Die kommunistischen Abgeordneten erfüllen damit nur ihre Pflicht, sie führen den ihnen von 15 Millionen Wählern erteilten Auftrag mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durch, sie machen die gesamte werttätige Bevölkerung auf den Schandabschluß, der den Hohenzollern nicht nur Millionen Werte gibt, sondern ihnen auch die Rückkehr nach Deutschland gestattet, aufmerksam.

Was aber machen die Sozialdemokraten? Als unter Führung der KPD der Volksentscheid zu einer gewaltigen Massenbewegung wurde, als er nicht mehr aufzuhalten war, da machten die sozialdemokratischen Führer notgedrungen mit, da erklärten sie, der Volksentscheid sei ihre Bewegung und ihr Werk. Jetzt aber rufen sie nicht die 15 Millionen, jetzt erklären sie, der Völkerraub der Fürstentümer, der 5 Millionen Stimmen mehr verlangte, war richtig, jetzt stehen sie in der Front der Fürstentümer. Diese Haltung der Sozialdemokraten soll nach der bewährten Methode mit Kommunistenheiß und Zerschlagung der Arbeiter verbodet werden. Der Parteivorstand erläßt einen Aufruf, in dem er frech erklärt, die Kommunisten „vergiften den Meinungsstreit“. Die „linke“ „Dresdener Volkszeitung“ schreibt von „kommunistischer Hausbrandmakel“. Nun, vor wenigen Tagen erst beschichtigte Beilke die „Linken“ der politischen Brunnenergüßung, weil sie „berufsmäßige Verleumdung“ seien. Die „Linken“ antworteten mit dem Bemerkten, die Rechten seien pathologische Lügner. Sie jagten sich beide in ihrem Niveau, indem sie sich mit den wüßtesten Schimpfereien bedachten. Auf dieses Niveau werden die Kommunisten nicht herabgelassen.

Die Kommunisten haben aber auch keine Ursache, den Maßstab der Moral anzulegen, es sollte nur gezeigt werden, daß den „Linken“ die Moralmaske sehr schlecht zu Gesicht kam. Die Kommunisten kämpfen um die Rechte der Arbeitenden, der ausgebeuteten Arbeiter, der enteigneten Wirtschaftler, der durch Steuerdruck ruinieren Bauern, gegen die unverhältnismäßige Forderung der Kaufherren. Die SPD schimpft das Hausbrandmakel. Wir sind überzeugt, jeder ehrliche Arbeiter wird mit Empörung auf diese Haltung der Sozialdemokraten antworten. Die Arbeiter stehen diesmal bei den Kommunisten. Die Arbeiter werden sich gegen die verräterischen SPD-Führer wenden. Die Arbeiter haben sehr gut verstanden, daß das, was der Parteivorstand und die sozialdemokratischen Führer zu ihrer Haltung erklärten, lächerliche Demagogie ist. In dem Aufruf des Parteivorstandes heißt es:

„Die sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Vergleich nicht zu. Sie verpflichtet sich aber auch nichts von seiner Ablehnung, weil der Volksentscheid keine Volksmehrheit für die Enteignung gebracht hat, weil die Versuche einer geschlichen Regelung im Reichstages gescheitert sind, weil schließlich das Scheitern jeder Regelung durch Gesetz oder Vergleich nur die Folge haben kann, daß wieder die Gerichte entscheiden, die den Hohenzollern noch mehr zusprechen, den Staat aber mit Millionen Prozentsätzen belasten würden. Dazu kommt, daß im Landtag nahezu eine Zweidrittelmehrheit — 292 bürgerliche Abgeordnete von insgesamt 450 Mitgliedern — den Vergleich will.“

Kein Sozialdemokrat bestreitet, daß es ein ungeheures soziales Unrecht ist, wenn in einer Zeit des Massenlebens so gewaltige Vermögen in die Hände weniger Familien gelangen — die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat das selbst in ihrer Erklärung ausgesprochen. Sie glaubt aber nicht, daß nach dem Verlangen des Volksentscheides und der Gesetzgebung im Reichstages eine gerechtere Lösung erreicht werden kann mit den Mitteln des parlamentarischen Raubens.“

Die SPD stimmt nicht zu, aber sie ermöglicht eine Annahme. Der Volksentscheid hat keine Mehrheit gebracht, aber er hat die Mehrheit bereit gebracht, die sich je an der Wahl beteiligt haben. Jetzt gibt es diese 15 Millionen wieder anzuhängen, jetzt heißt es demoralisieren, das aber unterläßt die SPD, das will sie nicht. Mit der heuchlerischen Anerkennung des sozialen Un-

D  
Ferdin  
Buchmann  
aben  
Kakan  
markt 18  
Schüler  
Bergert  
Weibel  
markt 17  
U  
Hefe  
aus  
Witz  
Döhlan  
en zur  
n 214  
WITZ  
specker 50  
Dutsche  
waren  
ste D-ist  
ankufen  
real